

17. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 21.01.2016

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 1

---

**Gegenstand: Verabschiedung ausscheidender Ratsmitglieder; Petra Spoden (SPD)**

Der Vorsitzende würdigt das ehrenamtliche Engagement von Frau Spoden, die aus persönlichen Gründen ihr Ratsmandat zurückgibt, allerdings in den Ausschüssen noch aktiv bleibt. Er verabschiedet Sie mit einem Weinpräsent und der Ratsmedaille "800 Jahre kommunale Selbstverwaltung in Speyer".

17. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 21.01.2016

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 2

---

**Gegenstand: Verpflichtung neuer Ratsmitglieder nach § 30 GemO; Martina Queisser (SPD)**

Der Vorsitzende verpflichtet Frau Martina Queisser (SPD), Ersatznachfolge Petra Spoden, entsprechend § 30 GemO mit Handschlag auf die Grundsätze der Mandatsführung, die Pflicht zur Verschwiegenheit (§ 20 GemO), die besondere Treuepflicht gegenüber der Gemeinde (§ 21 GemO) und die Ausschließungsgründe bei Entscheidungen (§ 22 GemO).

**Gegenstand: Breitbandversorgung; Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion vom 16.12.2015**  
**Vorlage: 1755/2015**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Der Vorsitzende beantwortet die Fragen wie folgt:

**Frage 1:**

**Ist die flächendeckende Versorgung des Gebietes der Stadt Speyer mit mindestens 50 Mbit pro Sekunde schon erreicht beziehungsweise wie ist der aktuelle Ausbauzustand?**

**Wo gibt es unter Umständen noch Defizite?**

Laut TÜV Studie der Landesregierung und der Studie zum Breitbandnetzausbau im südlichen Bereich des Landes Rheinland-Pfalz ist Speyer zu 97,7 % mit mindestens 30Mbit und zu 94,3 % mit mindestens 50Mbit versorgt.

**Frage 2:**

**Wann wird gegebenenfalls die flächendeckende Versorgung erreicht sein?**

Diese Frage kann noch nicht beantwortet werden, da dies nicht von den Kommunen allein abhängt, sondern vielmehr von den Netzanbietern. Die Stadt Speyer legt derzeit Lehrrohre, die für Firmen etc. genutzt werden können.

**Frage 3:**

**Gibt es bereits Pläne für Anschlüsse mit 100 Mbit/s und wie sehen diese gegebenenfalls aus?**

Hierfür gibt es keine Pläne seitens der Stadt.

Die MRN mit ihrer Koordinierungsstelle Breitbandausbau und das Ministerium des Innern stellen die Vernetzung in die Kommunen sicher. Nach heutigem technischem Stand zur Erreichung von 100 Mbit müsste auch die Strecke zwischen Verteiler und Hausanschluss mit Glasfaser bis ins Haus verlegt werden. Dies ist derzeit flächendeckend nicht umsetzbar.

**Frage 4:**

**Beabsichtigt die Stadt, Fördermittel für den weiteren Ausbau des Breitbandnetzes zu beantragen?**

Fördermittel konnten derzeit nicht für Speyer herangezogen werden.

Gefördert wurden bisher nur ländliche Räume. Speyer gehört als kreisfreie Stadt nicht zu den förderfähigen Kommunen, die von den verschiedenen Programmen profitieren könnten.

**Gegenstand: DGE - Qualitätsstandards; Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 16.12.2015**  
**Vorlage: 1756/2015**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Frau Dr. Montero-Muth erläutert die aktuelle Situation hinsichtlich der Ernährung der Kinder. Ziel soll es sein, Kindern die gesunde Ernährung nahe zu bringen, dabei spielen die Kindergärten und Kindertagesstätten eine große Rolle.

Die Landesregierung stellt Broschüren und Veranstaltungsangebote mit den ausgearbeiteten Richtlinien zur Verfügung. Es sind nur Empfehlungen und in der Realität entscheidet jeder Träger selbst wie er die Kinder ernährt. Somit spricht Sie sich dafür aus, diese Empfehlungen verbindlich einzugehen. Die DGE Qualitätsstandards sollten in die verbindlichen Vorgaben mit einbezogen werden und den Trägern (auch die freien Träger) sollten diese Vorgaben bekanntgegeben und zur Umsetzung aufgefordert werden. Gleiches sollte auch für Schulkinder angestrebt werden.

Der Vorsitzende fasst den Antrag wie folgt zusammen:

- DGE-Qualitätsstandards als Grundlage in den Leistungskatalog Ernährung der Schulen aufzunehmen
- Lebensmitteln nach den DGE-Standards in den städtischen Einrichtungen zur Verfügung zu stellen bzw. zuzubereiten
- daraufhin wirken dass die freien Träger sich dem anschließen; eine entsprechende gesetzliche Verpflichtung gibt es hierzu jedoch nicht

Herr C. Ableiter spricht sich für den Antrag aus, jedoch stellt er die Frage wie das Warmhalten der Gerichte zwischen Herstellung und Ausgabe gemäß den Standards gewährleistet werden kann.

Der Vorsitzende konkretisiert, dass die Anlieferung nicht länger als 30 Minuten dauern darf (damit die Nährstoffe erhalten bleiben) und die Temperatur der Speisen bis zur Ausgabe nicht unter 70° Celsius sinken sollte.

Frau Montero-Muth bestätigt dieses auf nochmalige Nachfrage.

Der Vorsitzende verdeutlicht nochmals, dass es weniger um die technischen Umstände bzw. örtlichen Gegebenheiten sondern vielmehr um die Beachtung der DGE-Standards geht.

Herr Feiniler äußert für die SPD-Fraktion ebenfalls die Zustimmung für den Antrag. Er fasst nochmal zusammen, dass bei der Veranstaltung des Elternausschuss mit dem Motto "Speyer isst gut" zum Thema Essen in Kindertagesstätten festgesetzt wurde, dass dort, wo das Essen selbst gekocht wurde, gute Qualität vorliegt und lediglich bei der Anlieferung durch Caterer abweichende Erfahrungen gemacht werden mussten. Im Rahmen der Veranstaltung wurde angeregt, regionale und heimische Produkte zu verwenden. Er gibt dabei zu bedenken, dass hierdurch die Kosten für das Essen steigen. Mit Bezug auf seine Haushaltsrede regt Herr Feiniler nochmals an, eine zentrale Küche durch die Stadt oder die GEWO als Tochter der Stadt bereit zu stellen, aus der die Kinder versorgt werden können.

Er bemängelt dahingehend die Situation mit derzeit ca. 5 verschiedenen Caterern. Falls eine eigene zentrale Großküche nicht umsetzbar ist, könnten als Alternative z.B. die Küche der Diakonissenanstalt in Betracht gezogen werden, die über ein großes Potenzial verfügt. Dies ist ein Vorschlag der SPD-Fraktion, der gegebenenfalls bei der nächsten Sitzung als Prüfantrag eingereicht werden könnte.

Der Vorsitzende schlägt vor die Fragen im Jugendhilfeausschuss weiter zu erörtern. Weiterhin weist der Vorsitzende darauf hin, dass nach DGE-Standards nicht nur regionale und heimische sondern auch mit saisonalen Produkten variiert werden soll.

Die SWG-Fraktion begrüßt den Antrag und regt die Klärung verschiedener Punkte an:

- Umsetzungsmöglichkeiten der DGE-Standards in den einzelnen Kitas
- Finanzierbarkeit und finanzielle Leistungsfähigkeit der Eltern
- Abschätzung sonstiger möglicher Konsequenzen bei einer Umsetzung

Die Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen hat sich ebenfalls mit den Antrag beschäftigt und befürwortet den Antrag und sieht die DGE-Standards nach den bisherigen Feststellungen zum Teil schon erfüllt.

Diesbezüglich wird beabsichtigt den Antrag hinsichtlich folgender Punkte zu ergänzen und evtl. einen Ergänzungsantrag zu stellen:

- ökologische Erzeugung regionaler Produkte
- regionale Wirtschaftskreisläufe unterstützen
- Produkte aus fairem Handel bevorzugen

Der Vorsitzende bittet Frau Spiegel um Konkretisierung der Ergänzungen des Antrages, da die DGE-Standards ein Teil der oben genannten Punkte schon berücksichtigen.

Frau Spiegel stellt somit den Ergänzungsantrag um 50 % regionale Produkte und 20% ökologische Erzeugung.

Herr Popescu stellt fest, dass Bildung in der Kita beginnt und somit geht die Stadtratsfraktion Die Linke diesen Weg gerne mit. Richtig Essen muss auch gelehrt werden und dazu gehören Standards. Da wo frisches Essen zuzubereiten ist, sind die Standards notwendig. Herr Popescu findet die Idee der SPD-Fraktion mit der zentralen städtischen Küche sehr gut und man sollte evtl. in anderen Sitzungen darüber nochmals diskutieren. Dort könnten dann Standards eingehalten, kontrolliert und sogar noch Arbeitsplätze geschaffen werden. Herr Popescu findet auch das saisonale und regionale Produkte bereits in den Standards inkludiert sind und somit werden sie dem Antrag zustimmen.

Herr Dr. Jung findet, dass man sich auf die Grundlage des Antrages verständigen sollte. Die Qualitätsstandards sind bundesweit die anerkannten Standards. Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz empfiehlt selbst auch, dass diese Qualitätsstandards zugrunde gelegt werden. Der Anspruch über regionale Produkte ist bereits aufgeführt. Herr Dr. Jung plädiert dafür, dass der Antrag so wie er gestellt wurde beschlossen wird.

Herr Ableiter würde sich nach der ganzen Diskussion dem Antrag anschließen, möchte aber genauso wie Herr Popescu die Idee der SPD-Fraktion mit der Küche loben, denn es kommt nicht nur auf die Lebensmittel an, sondern auch auf die frische Zubereitung und Kontrolle. Er regt auch an, dann die Auslieferung mit Elektroautos zu übernehmen, die mit Ökostrom betrieben werden.

Der Vorsitzende weist nochmals daraufhin, dass sich über die Zubereitung im übernächsten Jugendhilfeausschuss beschäftigt wird. Zusätzlich wird ein Ernährungssachverständiger heran gezogen, der verschiedenes über die Anlieferungszeit, Temperaturen etc. Auskünfte geben wird.

Er macht den Vorschlag, sich jetzt auf den Antrag so wie er gestellt wurde zu einigen, mit dem Hinweis sich über die Umsetzung der 50% regional und 20% ökologisch zu bemühen. Später wird darüber berichtet um dann einen konkreten Antrag zu stellen und zu sehen in welchen Bereichen noch etwas fehlt.

Der Antrag wurde einstimmig beschlossen.

### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, für die Verpflegung in ihren Kindertagesstätten die Qualitätsstandards der Deutsche Gesellschaft für Ernährung (DGE) zugrunde zu legen. Zu diesem Zweck sollen die DGE-Qualitätsstandards in die Qualitätsmanagementsysteme der Kindertagesstätten implementiert werden. Die Verwaltung wird zugleich beauftragt, darauf hinzuwirken, dass auch die freien Träger der Kindertagesstätten entsprechend verfahren. Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, darauf hinzuwirken, dass die Schulen im Rahmen ihrer Möglichkeiten sicherstellen, dass die SGE-Qualitätsstandards für die Schulverpflegung Anwendung finden.

**Gegenstand: Landauer Straße; Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 10.01.2016**  
**Vorlage: 1765/2016**

Herr Dr. Jung verdeutlicht dass sich der Ortseingang in Süden von Speyer im derzeitigen Provisorium optisch unschön darstellt. Der Versuch hat sich bewährt und somit sollte man die provisorische Verkehrsführung so übernehmen und sich Gedanken über die endgültige Gestaltung des Bereiches machen.

Der Verkehrsversuch endet 2016, jedoch hat sich der Verkehrsversuch im Bereich der Zufahrt Schwerdstraße bereits jetzt derart bewährt das man die Planung bereits im Vorfeld zum Ende des Verkehrsversuches angehen kann.

Abzusehen ist dass die Geschwindigkeitsreduzierung beibehalten werden soll aber somit auch Maßnahmen notwendig sind, um dies zu realisieren.

Die Kreuzungsgestaltung ist für sich zu betrachten, stets aber mit Blick auf eine Geschwindigkeitsreduzierung in der Schwerdstraße und Landauer Straße. Mit der vorteiligen Reduzierung der Geschwindigkeit hat sich jedoch auch die nachteilige Situation ergeben, dass zu bestimmten Zeiten die Ausfahrt aus der Karolinger Straße erschwert wird. Und somit wäre eine Überplanung jetzt sinnvoll.

Beispiele wären:

- Kreisel
- Verschiebung der Ein- und Ausfahrt der Schwerdstraße
- Neuordnung der Kreuzung unter Verlegung der naheliegenden Fußgängerampel

Wichtig ist auch die Verbesserung der Verkehrssituation für die Fahrradfahrer, woraus sich das Anliegen ergibt, jetzt den Startschuss für die Überplanung und Verbesserung der Verkehrssituation zu geben.

Der Vorsitzende erläutert, dass dies ein Planungsantrag ist. Es weist nochmals daraufhin, so wie schon von Herrn Dr. Jung erläutert, dass man sich im Moment noch im Modellversuch für die Reduzierung mit dem Umweltministerium befindet (bzgl. des Lärms), ansonsten auch die Abstimmung mit dem Landesbetrieb Mobilität (bzgl. Infrastruktur des Verkehrs).

Es wurde im Maßnahmenkatalog bereits beschlossen, dass eine Überplanung stattfinden muss (Seite 131 des VEP-Arbeitsprogrammes mit einer Kategorisierung B). Kategorisierung B bedeutet nicht sofort, aber mittelfristig. Dies bedeutet, dass erstmal mit einer Entwurfsplanung /Ideenskizze begonnen wird. Vorher müsste aber geklärt werden, wie es mit dem Radwegekonzept läuft. Deswegen müsste der Modellversuch und das Radwegekonzept abgewartet werden. Seine Wünsche könnte man aber jetzt schon äußern und eine Bürgerbeteiligung bzgl. der Geschwindigkeitsreduzierung hat dann noch statt zu finden.

Herr C. Ableiter stellt die Sinnhaftigkeit des Antrages dar, da es nachzeitigem baulichen Stand sehr verführerisch für Verkehrsteilnehmer ist, zu schnell in die Schwerdstraße einzufahren. Mit einer Umplanung könnte dem entgegengewirkt werden. Mit der Zustimmung zu dem Antrag verbindet er jedoch auch die Aufforderung, die Dringlichkeit auf der Prioritätenliste von der Stufe B auf die Stufe A zu erhöhen.

Die Speyerer Wählergruppe begrüßt und unterstützt den Antrag ebenfalls. Die Fraktion würde sich wünschen wenn man für die Planung kein externes Gutachterbüro beauftragt, sondern dies intern von der Stadt erfolgt unter der Voraussetzung dass es keine Förderbedingung darstellt.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass derzeit noch kein Verkehrsplaner mit den zuständigen Sach- und Fachkenntnissen vorhanden ist. Dies wird demnächst ausgeschrieben, da es im letzten Stellenplan beschlossen wurde. Vor der Einstellung muss noch auf die Zustimmung der ADD gewartet werden. Wenn gewollt wird, dass sich der Landesbetrieb Mobilität bei einem evtl. Umbau beteiligt, kann man sich definitiv sicher sein, dass zur entsprechenden Kontrolle ein externes Gutachten beauftragt wird.

Herr Czerny findet eine Bürgerbeteiligung für eine gute Idee, da die Bewohner vor Ort gute Ideen für eine Umsetzung hätten. Den linken Radweg Richtung Römerberg sollte bis zur 30-Zone berücksichtigt werden.

Der Vorsitzende fragt bei Herrn Czerny wegen der Bürgerbeteiligung nach, da dies bereits im Antrag vorhanden ist. Somit ist es keine Ergänzung zum Antrag. Des Weiteren wird das Radgutachten abgewartet, sodass der bezeichnete Punkt (Radknotenkonfliktpunkt) im VEP durch ein externes Büro darstellen zu lassen.

Herr Feinler schließt sich den Worten von Herrn Dr. Jung an und unterstützt den Antrag. Durch die Anordnung vom Land der Tempo 30 Zone in der Landauer Straße gab es viele Beschwerden von Anwohnern in der Schwerdstraße. Er fragt nach, ob die Tempo 30 Zone der Schwerdstraße in dem Modellprojekt integriert ist oder es sich generell nur um die Landauer Straße handelt.

Der Vorsitzende bestätigt, dass es sich beim Modellprojekt um die Landauer Straße handelt, wo die Lärmmessungen integriert sind. Die Schwerdstraße wurde auf Anordnung der Verwaltung zunächst befristet in eine Tempo 30 Zone verwandelt, um den Modellversuch im Ergebnis nicht zu verfälschen. Von Seiten der Aufsichten geht dies in Ordnung, solange es an den Modellversuch gekoppelt ist. Nach Ablauf des Modellversuches werden sich Gedanken über die Gestaltung der Schwerdstraße gemacht. Die Situation der Radwege werden im Gutachten mit aufgearbeitet.

Der Antrag wurde einstimmig beschlossen.

### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, den Kreuzungsbereich der Landauer Straße, Schwerdstraße und Karolingerstraße mit dem Ziel einer Neugestaltung zu überplanen. Dabei sind

- die bisherigen Erfahrungen mit den Tempo-30-Zonen in der Landauer Straße und der Schwerdstraße sowie
- die Erhöhung der Verkehrssicherheit für Radfahrer im Kreuzungsbereich und in diesen beiden Straßen

besonders zu berücksichtigen.

Die Planung ist unter Beteiligung der Anwohner im Kreuzungsbereich wie auch der Anwohner in der Landauer Straße und der Schwerdstraße zu entwickeln. Eventuelle Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung und zur Erhöhung der Verkehrssicherheit in diesen Straßen sind dabei mit zu betrachten.

**Gegenstand: Digitale Ratsarbeit; Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 11.01.2016**  
**Vorlage: 1766/2016**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Brandenburger erläutert den Antrag, dass es darum geht, die Rat- und Ausschussarbeit digitaler zu gestalten. Vorteile wären der Umweltvorteil durch weniger Papier und der Kostenvorteil. In der Niederschrift des Stadtrates aus dem Jahre 2012 wurde bereits erwähnt, den Haushaltsplan nur noch digital zur Verfügung zu stellen. Derzeit besteht ein Mischsystem. Es geht darum verschiedene Szenarien / Lösungen zu entwickeln und auch auf Erfahrungen aus anderen Städten zurückgreifen, was die Umstellung auf Laptops oder Tablets betrifft. Im Ratssaal ist die Infrastruktur mit WLAN bereits vorhanden. Erster Schritt wäre somit, dass die Verwaltung verschiedene Szenarien anbietet, was möglich wäre, um im zweiten Schritt dann gemeinsam zu entscheiden, was das Richtige bzw. Beste wäre. Evtl. müsste man im Detail dies dann im Hauptausschuss oder Ältestenrat diskutieren, je nachdem welche Änderungen an Abläufen wie z.B. der Geschäftsordnung oder ähnlichem erforderlich würden.

Der Vorsitzende bestätigt, dass es der Wunsch ist, vom Papier weg zu kommen bzw. das Aufkommen zu verringern. Von dem Versuch im Jahre 2012 wurde nach einem Jahr abgesehen, da der Wunsch von Seiten der Ratsmitglieder bestand, wieder alles komplett in Papier zu bekommen. Hierfür besteht Verständnis, solange digital die Sachen "noch nicht lesbar" präsentiert werden können. Für die Zukunft ist angedacht, möglichst kein Papier mehr einzusetzen. Die größte Problematik sieht die Verwaltung in den Bedientern bzgl. externen USB-Sticks, DVD's, oder aus dem Internet heruntergeladenen Programmen etc. Bei der Prüfung des Antrages wird es wesentlich darum gehen, wie man Zugriffe reglementieren kann. Sobald das Prüfergebnis vorliegt, wird sich über die technischen Fragen weiter unterhalten.

Herr C. Ableiter ist eigentlich immer für Papiereinsparungen. Aus Erfahrungen hat es sich gezeigt, dass es aber besser sei in Papierform immer wieder darauf zurückgreifen zu können. Seine Skepsis sieht er jedoch darin, dass jede einzelne pdf-Datei heruntergeladen und abgespeichert werden muss. Dies dauert eine längere Zeit und wenn man den ganzen Tag schon am PC sitzt, möchte man nicht noch daheim längere Zeit sich am PC aufhalten, um die Unterlagen zu öffnen, herunterzuladen und zu lesen. Es spricht sich dagegen aus, solange man kein transportables Lesegerät zur Verfügung gestellt bekommt. Wenn dies aber der Fall sein wird, würde er sich für den Antrag aussprechen.

Der Vorsitzende erwähnt nochmals, dass es sich um einen Prüfantrag handelt und man abwarten sollte, welche verschiedenen Möglichkeiten vorhanden sind. Sicher ist aber, dass ein einzelnes WLAN-Netz nicht ausreichen wird.

Frau Dr. Mang unterstützt den Antrag sehr. Trotzdem ist der aktuelle Zustand des Ratsinformationssystem, was das Herunterladen einer Sitzung bzw. der Unterlagen betrifft, verbesserungswürdig.

Allerdings sieht Frau Dr. Mang aus eigener Erfahrung Möglichkeiten, dies zu verbessern. Was nicht unterstützt wird ist die Bereitstellung von Endgeräten durch die Stadtverwaltung, weil dies ein extremer Aufwand für die Verwaltung bedeutet, diese Geräte zu warten, konfigurieren oder virenfrei zu bekommen. Sie spricht sich sehr dafür aus, dass die Ratsmitglieder freie Wahl für die Auswahl ihrer Arbeitsmittel bekommen.

Der Vorsitzende nimmt dies mit in den Prüfauftrag auf.

Herr Schütt unterstützt den Antrag der SPD-Fraktion ebenfalls. Es ist immer sinnvoll Papier einzusparen, doch hat jeder verschiedene Arbeitsgewohnheiten. Er stellt nur die Frage bzgl. des WLAN-Netzes. Vorhanden ist es im Stadtratssitzungszimmer, aber nicht im Fraktionszimmer der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen. Somit bittet er in Ergänzung des Antrages, ob WLAN-Zugang auch in den kleineren Fraktionszimmern möglich sei, was die Arbeit sehr erleichtern würde.

Herr Dr. Moser schließt sich Herrn C. Ableiter und Frau Dr. Mang in dem Punkt an, was die Lesbarkeit angeht. Er kann den Antrag nicht unterstützen, da er Papiausdrucke viel angenehmer zum Lesen und auch für die Augen findet. Abgesehen von den vielen technischen Probleme, die dazukommen.

Der Vorsitzende nimmt den Hinweis mit auf, dies zu prüfen. Es sei jedem die Wahl frei zu lassen, ob er sich die Unterlagen dann ausdruckt oder nicht. Da sich niemand dagegen entschieden hat zu prüfen, wird der Prüfantrag einstimmig beschlossen.

### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, mögliche Szenarien und Lösungen mit Kosten und Nutzen aufzulisten und dem Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen

**Gegenstand: Fischmarkt; Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 11.01.2016**  
**Vorlage: 1767/2016**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Seither erwähnt, dass sich die Partei mit dem Antrag längere Zeit beschäftigt hat und dies auch von Bürgern an die Partei herangetragen wurde. Auch durch die letzte Anfrage hierzu, hat sich die SPD-Fraktion entschieden, jetzt diesen Prüfantrag zu stellen. Er erläutert, dass dies alles Prüffragen sind, auch wenn in dem Antrag steht, alles zeitnah umzusetzen. In der Broschüre "Klimawandel Speyer Folgen" auf der Seite 20 ist ein Bild des Fischmarktes abgebildet, was aber nicht der Realität entspricht. Viele Bürger sind mit dem Fischmarkt an und für sich zufrieden aber er wird nicht ordentlich gepflegt. Als Beispiele nennt er den St.-Guido-Stifts-Platz und den Berliner Platz. Durch die Saatkrähen ist es schwierig sich auf die Bänke zu setzen, da sie dort ihren Kot hinterlassen. Jede einzelne Platane ist zu prüfen, wie es auch von der SGD Süd vorgeschrieben ist, ob sie gestutzt werden muss. Auch die Neu- bzw. Umgestaltung der Bänke sollte mir berücksichtigt werden, z.B. weniger Bänke, die dafür höher für ein bequemeres Sitzen.

Daher soll erstmal geprüft werden, da grundsätzlich die Zufriedenheit des Platzes gegeben ist.

Der Vorsitzende erläutert, dass vier Punkte zu prüfen sind:

- die Unkrautbeseitigung; dies geschieht dreimal im Jahr. Jede Pflege die dort verdichtet wird, sorgt dafür dass in einem anderen Bereich weniger gemacht werden kann (zu wenig Personal)
- die Platanen; sind geprüft und einzeln untersucht. Es gibt dort 34 Platanen. Allerdings sind die Saatkrähen so geschützt, dass keiner der Bäume gestutzt werden darf. Da sich darauf entweder Nester befinden oder die Platanen zur Ruhestätte, im Sinne von ausruhen, gehören. Somit besteht Schutz durch das Naturschutzgesetz. Am Ende kann dann nur die SGD darüber entscheiden, mit der die Verwaltung in Kontakt steht.
- über die anderen Punkte wird sich Gedanken gemacht;

Die Verwaltung bedauert, dass man sich damals 1980 auf das Porphyр-Pflaster geeinigt hat, welches jetzt zur Gesamtgestaltung dazu gehört. An manchen Stellen wird versucht, es mit Asphalt auszugießen, damit es nicht mehr brechen kann.

Herr Dr. Mohler erklärt, dass er schon öfter darauf hingewiesen hat, mehr Plätze und Straßen intensiver zu pflegen, womit er sich dem Antrag anschließt. Hiermit macht er den Vorschlag, ob die Anfrage "Hahnengasse" mit in diesen Antrag einfließen kann.

Der Vorschlag wird entgegengenommen, aber gleichzeitig wieder abgelehnt, da es sich um unterschiedliche Haushaltspositionen handelt.

Herr C. Ableiter verdeutlicht, dass man Naturschutz ernst nehmen muss und daher nicht Platanen nur schneiden kann um Saatkrähen zu vertreiben. Natur- und Artenschutz bedeutet auch, dass man unliebsame Eigenheiten von Vögeln duldet. Man sollte kreativ mit der

Problematik umgehen und nach Beobachtungen die Bänke dort platzieren, wo keine Nester in den Bäumen sind und daher die Kotproblematik nicht vorliegt. Die Platanen gehören zum Stadtbild und auch im Sommer sind sie wichtig als Schattenspender. Daher wird nur der Punkt unterstützt, dass man im Wege der Platzierung der Möblierung optimiert und damit Verbesserung schafft.

Der Prüfantrag wird einstimmig beschlossen.

### **Beschluss:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt die Pflege und die Gestaltung des Fischmarkts in folgender Weise anzupassen bzw. zu prüfen:

1. Die Verwaltung prüft, wie der Fischmarkt über die angegebene bisher dreimal jährlich durchgeführte Pflege hinaus öfter gepflegt werden kann (insbesondere Unkrautbeseitigung).
2. Die Verwaltung prüft, wie vorgeschrieben, jede einzelne Platane auf dem Fischmarkt, wann sie vorschriftsmäßig gestutzt werden kann und führt diese Arbeiten möglichst zeitnah durch.
3. Die Verwaltung prüft, ob anstelle des sich sehr abhebenden Porphyrs auch ein anderes Material zur Ausbesserung des Pflasters benutzt werden kann (insbesondere an der südlichen Seite des Platzes).
4. Die Verwaltung prüft, ob anstelle vieler veralteter und unschön aussehender Sitzbänke weniger Bänke angebracht werden können, die idealerweise etwas höhere, insbesondere für ältere Bürger/innen komfortablere Sitzflächen bieten. Dabei ist auch zu prüfen, ob manche Bänke, die als optische Begrenzung dienten, durch Hecken oder Blumenkübel ersetzt werden können.

**Gegenstand: Kinderaltstadtfest; Anfrage der Stadtratsfraktion Die Linke vom 11.01.2016**  
**Vorlage: 1768/2016**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Herr Popescu erklärt, dass das Kinderaltstadtfest seit Bestehen ein Anziehungspunkt für Familien mit Kindern sei. Es sei aus dem Klosterhof nicht wegzudenken, wie die einmalige Verlegung auf den Fischmarkt gezeigt hat. Für wenig Geld wird vieles geboten, wie z.B. Hüpfburg, Trampolin, Bastelstation usw.

Aus der Presse musste Herr Popescu leider entnehmen, dass die Jugendförderung das Kinderaltstadtfest nicht mehr betreuen konnte. Der Dank der Fraktion Die Linke geht an die Jugendförderung die in ehrenamtlicher Arbeit den Kindern unvergessliche Tage bereitet haben. Es wird aber bedauert, dass das Angebot durch die Jugendförderung nicht mehr aufrecht erhalten werden konnte und nach den Gründen gefragt. Es gehen in der Anfrage aber nicht um Namen oder Personen, sondern um die Vergabe- und Ausschreibungsmodalitäten.

Der Vorsitzende unternimmt zunächst eine Korrektur des Vortrages und anschließend die Beantwortung der **Frage 3:**

**Wurde die Betreuung/Organisation 2015 ehrenamtlich geleistet?**

Nein, es wurde nicht ehrenamtlich geleitet. Es wurde dafür bezahlt. Das Kinderaltstadtfest wurde noch nie ehrenamtlich durchgeführt. Die Mitarbeiter der Jugendförderung haben dies als Arbeitszeit getätigt.

Herr Popescu ergänzt, dass er die vielen jungen Menschen meinte, die an den einzelnen Stationen waren, und die seines Wissens kein Geld dafür bekommen haben.

Der Vorsitzende antwortet, dass dies nur dieses Jahr der Fall war und die Jahre zuvor eine Aufwandsentschädigung gezahlt wurde. Seines Wissens wurde das Kinderaltstadtfest nicht ehrenamtlich geleitet, er wird dies aber nochmals nachhaken. Es war ein städtisches Angebot der Jugendförderung, bezahlt und organisiert von Seiten der Stadtverwaltung im Gegensatz zu allen anderen Angeboten des Altstadtfestes.

**Frage 1:**

**Warum hat die Jugendförderung im Jahr 2015 das Kinderaltstadtfest nicht mehr betreut?**

Die Jugendförderung war überlastet. Es gab zu viele Projekte bzw. Programm zu organisieren und man begann im Jahr 2015 mit der Organisation des bevorstehenden 100-jährigen Jubiläums der Walderholung. Somit war es eine Frage der Priorisierung. Nachdem es Anbieter gibt, die so etwas gestalten, konnte man für das Altstadtfest in eine beschränkte Ausschreibung gehen konnte, weil es Anbieter gibt, die so etwas gestalten. Beschränkte Ausschreibung heißt, es werden entsprechend leistungsfähige Anbieter (mehrere) auf dem Markt um ein Angebot gebeten. Es wurden mehrere angefragt und zwei Angebote wurden abgegeben. Das günstigere Angebot wurde dann akzeptiert.

**Frage 2:**

**Von wem wurde die Aufgabe der Jufö 2015 übernommen?**

Die Firma Foonax Events, Armbruststraße 14 in Speyer, hatte das günstigere Angebot abgegeben. Diese Firma hat sich dann eines weiteren Sub-Unternehmens bedient, was von Seitens der Stadt aber nicht verboten ist bzw. werden kann.

**Frage 4:**

**Gab es eine Ausschreibung für die Betreuung im Jahr 2015?**

Siehe Beantwortung in Frage 1. Die beschränkte Ausschreibung war vergaberechtlich korrekt.

**Frage 5:**

**Wie viele und welche Bewerber gab es?**

Siehe Frage 1

**Frage 6:**

**Unter welchen Gesichtspunkten erfolgte die Vergabe?**

Die Vergabe erfolgt unter der Maßgabe der Finanzierung. Obwohl die Angebote bereits im März 2015 eingeholt wurden, erfolgte die Auftragserteilung erst im August. Eine Alternative gegen die Vergabe wäre gewesen, das Kinderaltstadtfest komplett einzustellen, was die Stadtverwaltung aber nicht wollte. Es wird davon ausgegangen, dass das Kinderaltstadtfest im vergleichbaren Modus im Jahr 2016 veranstaltet wird.

**Gegenstand: Gutachtenkosten; Anfrage der Stadtratsfraktion Die Linke vom 11.01.2016**  
**Vorlage: 1769/2016**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Popescu erläutert die Anfrage, insofern dass trotz knapper Kassen und von der Fraktion Die Linke ständig kritizierter Einsparungen (z.B. in den Bereichen Sport oder Kultur) die Entwicklung der Gutachterkosten in die Höhe gestiegen sind. Er entnahm aus der Zeitung "Speyer aktuell" vom 27.09.2015 dass die Kosten von 70.000 € im Jahre 2013 auf über 800.000 € im darauf folgenden Jahr gestiegen sind. Als Beispiele werden genannt:

- Stadtmarketingkonzept mit 100.000 €
- Fahrradkonzept mit 80.000 €

Weshalb die Fraktion Die Linke hinterfragt, warum die Verwaltung nicht befähigt ist, diese Planungen durchzuführen. Als erklärende Anmerkung bzgl. des Zeitraumes, was in der Frage unschlüssig formuliert sei, nennt Herr Popescu 2014 bis jetzt.

**Frage 1:**

**Welche Gutachten wurden in diesem Zeitraum konkret vergeben?**

Der Vorsitzende stellt fest, dass in der Anfrage ein genauer Zeitraum genannt ist, und zwar "in den Jahren 2013 bis 2014."

Dazu wird erwähnt, dass es Gutachterkosten gibt, die in einem Jahr beauftragt und abgeschlossen werden und welche die über Jahre andauern.

In den Jahren 2013 und 2014 gab es folgende Gutachten:

- Stadtmarketingkonzept - veranschlagt und ausgegeben 90.000 €
- Organisationsuntersuchung im Fachbereich 1/Hauptverwaltung - veranschlagt waren 18.000 €, ausgegeben wurden 21.200 €
- Fachbereich 2 - 4 Gutachten:
  - Verkehrsangelegenheiten, Bußgeldstelle, Ruhender Verkehr
  - Planungen, Umweltschutz, Landschaftsplanungen
  - Gewässeraufsicht, Bodenschutz, Altlasten
  - Immissionsschutz

Die Auflistung wird dem Protokoll beigelegt.

**Frage 2:**

**Wie und an wen wurden diese vergeben?**

**Frage 3 :**

**Wie ist der Stand dieser Projekte, für die Gutachten erstellt wurden?**

Der große Bereich ist der Fachbereich 5 mit veranschlagten Kosten in Höhe von 611.000 € im Jahr 2014, wovon 344.583 € ausgegeben wurden, für z.B. Städtebauförderungsanträge, Soziale Stadt Speyer-West. Vieles davon betrifft Sachen wo es 80% Fördermittel gibt, wenn es ein externer Gutachter ausführt. Dies wurde auf Anfrage der Speyerer Wählergruppe bereits beantwortet wie die Verteilung des Ganzen ist. 2014 war enthalten:

- VEP
- Kernstadt-Nord - Stadtumbauprozess
- Hochwasserschutz am neuen Rheinhafen
- verschiedene Sachverständigenuntersuchungen

Von den im Haushalt geplanten Ausgabe in Höhe von 846.000 € wurden 515.800 € ausgegeben.

Durch die Gutachten wurde ein Teil im Wege der Förderung wieder zurückerstattet. Somit betragen die Minderausgaben 340.000 €. Interessant als Hintergrund: Es wurde allein im

Fachbereich 5 im Jahr 2013 167.000 € für Gutachten ausgegeben (z.B. Soziale Stadt Speyer-West, Kernstadt-Nord was sich über mehrere Jahre hinauszieht, Brückensanierungen).

**Frage 4:**

**Wurden alle Ausgaben von der ADD genehmigt?**

Dies wird mit JA beantwortet. Da alle Ausgaben, die im Haushaltsplan aufgeführt sind, von den Stadtratsmitgliedern beschlossen wurden und somit von der ADD durch Genehmigung des Haushaltes bestätigt wurde.

**Gegenstand: Kommunalen Entschuldungsfonds (KEF); Anfrage der Stadtratsfraktion Die Linke vom 11.01.2016  
Vorlage: 1770/2016**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Herr Förster erläutert die Anfrage.

Es geht darum, in wie fern sich der Kommunale Entschuldungsfond auf die Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auswirkt und damit evtl. späteren KEF-Zwängen ausweichen zu können.

Der Vorsitzende beantwortet die Fragen wie folgt:

**Frage 1:**

**Wie oft mussten Mitarbeiter/Innen 6 Monate lang -vielleicht auch länger- die Arbeit von ausgeschiedenen Kollegen mit übernehmen?**

**Welche Verwaltungsebene war betroffen?**

Es gab 7 Fälle bei denen erst später als 6 Monate die Stelle besetzt wurde, z.B. die Abt. 400 war betroffen mit dem Todesfall von Herrn Herrling oder die Abteilungsleiterstelle des zentralen Gebäudemanagement. Es wurde sich auch mit dem Personalrat abgestimmt, ob Stellen intern oder auch extern ausgeschrieben werden (z.B. Gebäudemanagement, Gewerberecht, Jobcenter).

**Frage 2:**

**Wie sehen die Fehlstunden wegen Krankheit aus?**

**Bitte einen Vergleich zwischen 2012 bis 2015 und 2009 bis 2012 erstellen unter Berücksichtigung des Alters;**

Krankenstatistik:

	Speyer	im Vergleich die Durchschnittszahl der Mitgliedsstädte des Deutschen Städtetages
2009	5,06%	5,67%
2010	5,33%	5,90%
2011	4,65%	6,12%
2012	5,25%	6,13%
2013	6,18%	6,43%
2014	6,10%	6,41%
Mittelwert	5,43%	6,11%

Angaben für das Jahr 2015 liegen zu diesem Zeitpunkt noch nicht vor.

Hinsichtlich des Alters gibt es keine Erhebungen, da dies diskriminierend wäre. Wenn man das Alter mit Fehlzeiten kombiniert, dann hätte man den Eindruck, dass ältere Menschen nicht so leistungsstark wären wie Jüngere.

**Frage 3:**

**Wie viele Mitarbeiter/Innen sind länger als 6 Wochen erkrankt?**

Aktuell sind 16 Mitarbeiter/innen länger als 6 Wochen erkrankt, dafür wurden 11 Mitarbeiter/innen als Krankheitsvertretung eingestellt.

**Frage 4:**

**Wie zufrieden sind die Mitarbeiter/Innen der Verwaltung?**

**Überprüfbar z.B. an Versetzungsanträgen, Beschwerden etc.**

Hierüber gibt es keine repräsentative Umfrage, aber der Personalrat und der Vorsitzende haben sich darüber geeinigt, dass nach allen Organisationsuntersuchungen eine Umfrage bei allen Mitarbeiter/innen gestartet wird. Beschwerden sind es sehr wenige. Es gibt regelmäßige Gespräche mit dem Personalrat.

**Gegenstand: Schullobbyismus; Anfrage der Stadtratsfraktion Die Linke vom 11.01.2016**  
**Vorlage: 1771/2016**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Herr Förster erläutert die Anfrage, dass Speyer als Schulstadt eine besondere Verantwortung hat und einen besonderen Wert aufgelegt werden soll, dass Schulen bilden und nicht verbilden und Lobbyismus an Schulen nichts zu suchen hat. Auch Geldnöte der Schule, bzw. der Kommune, die die Schule trägt, dürfen nicht dazu führen, dass über Lobby Organisationen einseitige ökonomische Lehren in die Schule verbreitet werden. Daher die Anfrage, ob in Speyer so etwas stattfindet und ob das Thema Lobbyismus an Schulen, später im Schulträgerausschuss diskutiert werden kann.

Der Vorsitzende beantwortet die Fragen wie folgt:

**Frage 1:**

**Gibt es am Schulstandort Speyer schon Informationen, ob und wie weit die bisherige Ablehnung eines Schulfaches Wirtschaft durch das Rheinland-Pfälzische Kulturministerium durchgehalten werden wird?**

Dazu liegen keine Informationen vor. Zu solchen Grundsatzdebatten ist die Kommune nicht dabei. Dies müsste man beim Kultusministerium nachfragen.

**Frage 2:**

**Könnte sich das Dezernat vorstellen, gründlich prüfen zu lassen, wie weit in Speyerer Schulen schon Firmen, Konzerne, Arbeitgeberverbände "angeklopft" haben, um Werbung oder Sponsoring mit Hilfe von Unterrichtsmaterialien vorzulegen?**

Die Unterrichtsmaterialien sind vorgegeben, somit haben wir keine Auswahl an den Materialien. Was gelegentlich vorkommt, ist wenn ein Förderverein einer Schule eine Spende über ein Whiteboard macht. Es gibt keine Hinweise, dass Werbeträger an z.B. einer Whiteboard-Tafel vermerkt ist.

**Frage 3:**

**Ist bekannt, ob Lehrkräfte schon mit der evtl. gemeinsamen Erstellung (zusammen mit "Experten" bestimmter Firmen) von Lehrplanentwürfen in Richtung Lehrfach "Wirtschaft" befasst sind oder angefragt wurde?**

Die Lehrkörper sind pädagogisches Personal und unterliegen dem Land. Es liegen somit keine offiziellen Hinweise vor. Es gibt allerdings unter den Lehrkörpern sogenannte Fachleiter, die zur Lehrplanerstellung mit herangezogen werden.

**Frage 4 + 5:**

**Wie sieht die Stadt eine etwaige Verschiebung der Unterrichtsinhalte im Blick auf Wirtschaftskompatibilität von Schülern (etwas, was bisher unseres Wissens auch in Geographie und Sozialkunde besprochen wird), wenn dadurch voraussichtlich 3 Wochenstunden für Geographie und Sozialkunde fehlen werden?**

**Haben Sie Einblick, in wie weit die bisher getrennt belegten Studienfächer Politikwissenschaft und Wirtschaftswissenschaft, die ja im Fach Wirtschaft zusammengeführt werden müssten, für Lehramtsstudenten überhaupt zu studieren sein könnten, von didaktischen Feinheiten einmal ganz abgesehen?**

Diese Frage bzgl. des Lehrplanes müsste an das Kultusministerium gestellt werden.

**Gegenstand: Umweltgefährdende Betriebe; Anfrage der Stadtratsfraktion Die Linke vom 11.01.2016**  
**Vorlage: 1772/2016**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Förster nennt verschiedene Beispiele:

- Fall Siemens, wodurch das beheben der Gefahren mit erheblichen Kosten verbunden sind und auch meistens der Streit entsteht wer bezahlt.
- Diskussion über die Mülldeponie BASF, die das Trinkwasser nicht schützt.
- Schadstoffe in der BASF Deponie

Somit wäre es wichtig, als Gemeinde zu wissen, welche Unternehmen für Gefährdungen in Frage kommen und wie die Kontrollen aussehen, um dies zu verhindern.

Der Vorsitzende beantwortet die Fragen wie folgt:

**Frage 1:**

**Wie viel Umwelt gefährdende Unternehmen sind in Speyer ausgesiedelt?**

Derzeit bestehen nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz 23 Anlagen in Speyer. Darunter entfallen 4 Betriebe der Störfallverordnung, wo es einen speziellen Sicherheitsbericht gibt. 20 von den 23 Anlagen sind bei der Stadt Speyer als Genehmigungsbehörde zu beobachten, während 3 Betriebe von der SGD beobachtet werden.

**Frage 2:**

**Wie oft werden diese Unternehmen von der Gewerbeaufsicht kontrolliert?**

Hier gibt es den Hinweis auf die Industrie-Emissions-Richtlinie. Wenn die Betriebe darunterfallen, dann gibt es bestimmte Vorgabe der Häufigkeit bei Umweltinspektionen. Die Prüfungsintervalle werden nach systematischer Beurteilung der Umweltrisiken festgelegt. Hierzu wird eine Bewertungsmatrix aufgestellt, besonders relevanten Anlagen werden jährlich einmal und unkritische Anlagen alle 3 Jahre kontrolliert. In Einzelfällen kann man allerdings auch Anlassuntersuchungen vornehmen.

Die Industrie-Emissions-Richtlinie ist ein europäisches Regelwerk, entzieht sich somit der Kontrolle als Stadtrat. Die Zuständigkeit für die Inspektionen liegt bei der SGD Süd. Es gibt in Speyer 5 Betriebe, die der Industrie-Emissions-Richtlinie angehören, die auch auf der Internetseite der SGD vermerkt sind:

- Thor GmbH
- Saint Gobain-Isover G+G
- PFW AG (lediglich Galvanik)
- Höhl Containerdienst
- Deponie Nonnenwühl

**Frage 3:**

**Gibt es weiteres Gelände, bei dem der Verdacht einer Verseuchung wahrscheinlich ist?**

**(Ehemalige Industriebauten, deren Gelände für den Wohnungsbau frei gegeben wurde)**

Nach Rückfrage wird eine Verunreinigung gemeint und nicht Verseuchung. Eine Verseuchung ist eine biologische Kontamination mit hochansteckenden Infektionserregern und davon ist nichts bekannt, somit auch keine Verseuchung. Aber stofflich bzw. Altlasten belastet, unter Zuständigkeit der unteren Wasserbehörde, gibt es 3 Betriebsgrundstücke mit Untergrundverunreinigungen und entsprechenden Sanierungsverfahren. Dann gibt es 2 weitere Betriebsgrundstücke mit Belastungen, die sich in der Überwachung bzw. Monitoring befinden. Die Grundstücke betreffen jeweils Verfahren von existierenden und laufenden Betrieben. Somit sind es insgesamt 5 Betriebsgrundstücke. Für altlastverdächtige Flächen und Altlasten ist die SGD als Obere Bodenschutzbehörde zuständig. In der Zuständigkeit der SGD gibt es in Speyer derzeit 1 Altlastenstandort. Beim Landesamt für Umwelt wurde für das Land Rheinland-Pfalz ein Bodeninformationssystem eingerichtet und ein Bodenschutzkataster der die Altablagerungen und Altstandorte aufführt.

Es werden in einer Betriebsflächendatei insgesamt 3.550 Grundstücke aufgeführt, die untersucht worden sind. Nach aktuellem Arbeitsstand ist derzeit von 235 Grundstücken als Altstandort auszugehen, die als potentielle Altlast einzustufen sind. Altablagerungen, Rüstungsaltsstandorte sowie militärische Konversionsflächen werden in gesonderten Katastern erfasst.

**Frage 4:**

**Gab es Meldungen von Bürgern, die auf evtl. Umweltschädigungen aufmerksam machten? Wenn ja, wieviel, und was wurde aus diesen Meldungen?**

Es wurde bisher über Hinweise, Beschwerden und Anregungen keine Statistik geführt, allerdings wird diesen Beschwerden/Informationen nachgegangen. Es gibt zahlreiche Hinweise/Beschwerden über wilden Müll, Abfallverbrennungen, nicht zugelassene Alt-PKWs, Belästigungen durch Lärm, Gerüche und Licht, auf Autos, die Öl verlieren etc.

17. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 21.01.2016

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 13

---

**Gegenstand: Gegenstand: Unterzeichnung der Musterresolution des Deutschen Städtetages  
„2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“  
Vorlage: 1762/2016**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Vorlage von Frau Gehrlein inhaltlich schlüssig ist. Auf Nachfrage von Frau Selg, wann der nächste Nachhaltigkeitsbericht erscheint, wird dies mit Ende dieses Jahres / Anfang nächsten Jahres beantwortet.

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt einstimmig, die beiliegende Musterresolution des Deutschen Städtetages „2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ zu unterzeichnen. Damit werden die Aktivitäten der Stadt Speyer zur nachhaltigen Entwicklung bekräftigt und in Zusammenhang mit der Nachhaltigkeitsagenda der Vereinten Nationen gestellt.

**Gegenstand: Umbesetzung von Ausschüssen (Tischvorlage)**  
**Vorlage: 1763/2016**

Die Tischvorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt einstimmig folgende Änderungen:

1.) Auf Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion:

<b>Gremium:</b>	<b>Mitglied:</b>	<b>Stellvertreter:</b>
Ausschuss für Konversion (4.):	<b>neu:</b> Martina Queisser <b>für:</b> Alexander Braun	<i>unverändert</i> <i>(Walter Deutsch)</i>
Ausschuss für Tourismus (5.):	<b>neu:</b> Martina Queisser <b>für:</b> Petra Spoden	<i>unverändert</i> <i>(Enzo di Naro)</i>
Hauptausschuss (11.):	<i>unverändert</i> <i>(Johannes Seither)</i>	<b>neu:</b> Martina Queisser <b>für:</b> Petra Spoden
Kulturausschuss (13.):	<b>neu:</b> Johannes Seither <b>für:</b> Dr. Martin Hussong Lange Gewann 23	<b>neu:</b> Dr. Martin Hussong Lange Gewann 23 <b>für:</b> Johannes Seither
Schulträgerausschuss (16.):	<b>neu:</b> Thomas Pfannendörfer Diakonissenstraße 64 <b>für:</b> Petra Spoden	<i>unverändert</i> <i>(Trudel Löffler)</i>
Umweltausschuss (28.):	<i>unverändert</i> <i>(Kai-Uwe Büchner)</i>	<b>neu:</b> Klaus Seither Wormser Landstraße 17 <b>für:</b> Alexander Braun

Bezüglich des Umlegungsausschuss im Vollzug des Baugesetzbuches wird Herr Dr. Owe Lorenz durch einen Volljuristen ersetzt.

Der Vorsitzende macht den Vorschlag Herrn Karl-Heinz Weinmann durch Herrn Dr. Steffen Christmann zu ersetzen und auf Vorschlag von Herrn Johannes Jaberg wird Herr Dr. Owe Lorenz durch Herrn Luzian Czerny ersetzt.

Sobald Herr Feiniler die Zusage von Herrn Dr. Steffen Christmann hat, wird dies umgesetzt.

Dem stimmt der Stadtrat einstimmig zu.

**Gegenstand: Annahme und Verwendung von Spenden nach § 94 Abs. 3 GemO  
(Tischvorlage)  
Vorlage: 1764/2016**

Die Tischvorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

**Beschluss:**

Der Stadtrat stimmt der Annahme der von der Verwaltung aufgelisteten Zuwendungen einstimmig zu.

17. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 21.01.2016

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 16

---

**Gegenstand: Fragen und Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern**

Zu diesem TOP liegen keine Wortmeldungen vor;

17. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 21.01.2016



17. Sitzung des Stadtrates 21.01.2016 **Hansjörg Eger**

**Hinweis:** Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!